**Gesetz
über die Verantwortlichkeit der öffentlichen
Beamten und Angestellten und über die Haftung
des Staates und der Gemeinden für ihre Beamten
(Verantwortlichkeitsgesetz)**

Vom 21. Dezember 1939

Der Grosse Rat des Kantons Aargau,

gestützt auf Art. 8 der Staatsverfassung¹⁾ und auf Art. 61 des Schweizerischen Obligationenrechtes vom 30. März 1911²⁾,

beschliesst:

§ 1

¹ Die öffentlichen Beamten und Angestellten sind dem Staate bzw. der Gemeinde für den Schaden aus schuldhafter Verletzung oder Vernachlässigung ihrer Dienstpflicht haftbar.

² Zur Klageanhebung gegenüber Mitgliedern des Regierungsrates oder des Obergerichts bedarf es eines Beschlusses des Grossen Rates.

§ 2

¹ Der Staat und die Gemeinden sind pflichtig, für Schaden Ersatz zu leisten, der Dritten durch öffentliche Beamte, Angestellte und Arbeiter in Ausübung ihres Dienstes widerrechtlich, sei es absichtlich, sei es fahrlässig, zugefügt wird.

² Sie haben auch Genugtuungsleistungen zu übernehmen, wenn deren Voraussetzungen gegeben sind.

³ Das direkte Klagerecht gegen den fehlbaren Beamten, Angestellten oder Arbeiter ist ausgeschlossen.

¹⁾ AGS Bd. 1 S. 1; der genannten Bestimmung entspricht heute § 75 der Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980, in Kraft seit 1. Januar 1982 (SAR 110.000).

²⁾ SR 220

§ 3

Aus der Pflicht des Staates bzw. der Gemeinden zur Aufsicht über Personen, die einen patentierten Beruf ausüben, und über Privatunternehmungen kann eine Haftung des Staates oder der Gemeinden nicht abgeleitet werden. Auch aus der Aufsichtspflicht des Staates über die Gemeinden kann keine Haftpflicht des Staates geltend gemacht werden.

§ 4

Für Schäden, die von Beamten, Angestellten und Arbeitern öffentlicher Betriebe mit selbstständiger Rechtspersönlichkeit verschuldet werden, gilt die Ersatzpflicht des Staates und der Gemeinden nicht.

§ 5

¹ Dem Staat und den Gemeinden steht gegenüber ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern das Rückgriffsrecht zu.

² Das nämliche Rückgriffsrecht des Staates und der Gemeinden besteht gegenüber ihren Vertretern im Verwaltungsrat und in der Kontrollstelle von Aktiengesellschaften und Genossenschaften im Sinne der Art. 762 und 926 des Obligationenrechtes.

³ Das Rückgriffsrecht verjährt mit Ablauf eines Jahres, nachdem die Haftbarkeit des Staates oder der Gemeinde durch Gerichtsurteil, Vergleich, Prozessabstand oder sonst wie anerkannt worden und der Fehlbare ermittelt ist, jedenfalls aber mit dem Ablauf von zehn Jahren von der Feststellung oder Anerkennung der Haftbarkeit an.

§ 6

Der Richter kann, wenn die Umstände es rechtfertigen, die Ersatzpflicht des Beamten, Angestellten oder Arbeiters ermässigen, besonders bei leichtem Verschulden oder wenn der Haftbare durch den Ersatz des gesamten Schadens in eine Notlage geraten würde.

§ 7

Soweit das Gesetz keine Vorschriften aufstellt, findet der Abschnitt des Obligationenrechtes über die unerlaubten Handlungen (Art. 41 ff.) ergänzende Anwendung.

§ 8

¹ Die durch Art. 19 der Staatsverfassung¹⁾ vorgesehene Haftung des Staates gegenüber unbegründet oder ungesetzlich Verhafteten wird durch das vorliegende Gesetz nicht berührt.

² Vorbehalten sind auch die Vorschriften des Bundesrechts, wodurch eine zivilrechtliche Haftung von Beamten des Staates und der Gemeinden für ihre Amtshandlungen bzw. eine Haftung des Staates oder der Gemeinden für ihre Beamten vorgesehen wird.

§ 9

¹ Alle Klagen aus diesem Gesetze werden im Zivilprozessverfahren durchgeführt.

² Für Klagen gegen einen Fehlbaren ist das Gericht seines Wohnortes zur Zeit der widerrechtlichen Schadenszufügung zuständig.

§ 10

Dieses Gesetz tritt mit der Annahme durch das Volk in Kraft.

Inkrafttreten: 1. Dezember 1940

¹⁾ AGS Bd. 1 S. 1; der genannten Bestimmung entspricht heute § 23 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980, in Kraft seit 1. Januar 1982 (SAR 110.000).